

Vorlagen-Nr.: **VO/6609/2019**

Fraktionsantrag Status: öffentlich

Datum: 15.01.2019

Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke

Beratungsfolge:

GremiumZuständigkeitSitzung istMagistratStellungnahmeNichtöffentlichAusschuss für Umwelt, Energie und VerkehrVorberatungÖffentlichBau- und Planungsausschuss, LiegenschaftenVorberatungÖffentlichStadtverordnetenversammlungEntscheidungÖffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratisierung städtischer Verkehrspolitik

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert den TeilnehmerInnenkreis der AG Verkehr bei der Stadtverwaltung zu erweitern um:

- VertreterInnen von Verdi und DGB
- · VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft :
 - o der AG Verkehr der Agenda
 - o der BI Verkehrswende
 - o der BI Stadtautobahn
 - o der BI-Allnatalweg-Bitte-Nicht
 - o der Fahrradinitiative-Lahnberge
 - o des ADFC
 - o des BUND
 - o des VCD

Begründung:

Es ist bekannt geworden, dass sich in einer AG Verkehr bei der Stadtverwaltung seit Jahr und Tag Vertreter des Magistrats, der für die Verkehrspolitik zuständigen Fachbereiche u.a. mit dem Stadtmarketing und exklusiv den Vertretern von Industrie und Handel treffen und beraten.

Völlig außen vor bleiben dabei VertreterInnen der Gewerkschaften sowie der Umweltverbände und der Bls, die eine ökologische Verkehrswende einfordern und dazu detaillierte Konzepte und auch sehr konkrete Forderungen entwickelt haben.

Ausdruck vom: 09.08.2019

So ist es nicht verwunderlich, dass Anspruch und Wirklichkeit der Verkehrspolitik des Magistrats weit auseinanderklaffen. Während eine angebliche gleichberechtigte Förderung aller Verkehrsformen – unabhängig von ihren ökologischen Implikationen – postuliert wird, ist tatsächlich eine strukturelle Priorisierung eines möglichst reibungslosen MIVs im vermeintlichen Interesse von Industrie und Handel zu Lasten des ÖPNV, des Fahrrad- und Fußverkehrs deutlich sichtbar.

Umso dringender wäre es, dass in dieser AG auch die Interessen, Ideen und Forderungen der ArbeitnehmerInnen, der AnwohnerInnen, der alternativen Verkehrsverbände und der in den BIs organisierten VerkehrsteilnehmerInnen zur Sprache kommen.

Andernfalls erschiene das Leitbild des 'Miteinander' des OB als wenig glaubwürdig.

Henning Köster-Sollwedel Elisabeth Kula Roland Böhm Jonathan Schwarz Jan Schalauske Inge Sturm

Renate Bastian Tanja Bauder-Wöhr

Ausdruck vom: 09.08.2019

Seite: 2/2